



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Weltspiegel

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Weltspiegel

Ungarn. „Da Ungarn ein selbständiger Staat geworden ist und der Vertrag von Trianon ihm verbietet, diese Selbständigkeit abzuändern, kann der König von Ungarn nicht zugleich Souverän eines anderen Landes sein, und muß anerkannt werden, daß die Bestimmungen der Pragmatischen Sanktion und des Ausgleichs, soweit sie sich auf die Gemeinschaft mit Osterreich beziehen, ihre Gültigkeit verloren haben. Nach dieser Richtung hin muß der König Garantien liefern, sonst könnte er seine königlichen Rechte nicht ausüben. Andererseits ist die Ausübung der königlichen Gewalt nicht nur ein Recht, sondern auch eine Pflicht des Monarchen. Mit dem Wortlaut der ungarischen Verfassung kann die Ausübung dieser Macht einer anderen Person nicht übertragen werden und kann der König ihre Ausübung nicht zeitweilig aussetzen. Der König ist der höchste Staatsbeamte und darf seinen Posten nur im Falle höherer Gewalt verlassen, seine gesetzmäßigen Rechte sind dadurch nicht hinfällig und er muß sie von neuem ausüben, sobald die Einwirkung höherer Gewalt aussetzt. Augenblicklich ist die Ausübung der königlichen Macht abhängig von der Annahme gewisser Bedingungen. Der König muß sich dazu äußern. Zwei extreme Gesichtspunkte stehen heute einander gegenüber, der der Ultralegitimisten und der der Anhänger einer freien Königswahl. Die ersten sehen nur auf die Rechte des Königs ohne Rücksicht auf die, welche die Nation auf Grund der Ereignisse erworben hat. Die andern wollen den König sogleich absetzen. Die Regierung hält dafür, daß die Nation verlangen kann, daß der König die Bestimmungen anerkennt, welche sie bei ihrer Selbständigkeitserklärung und bei Unterzeichnung des Friedensvertrages festgelegt hat. Die Regierung, die im Namen der Nation handelt, wird sich zur Aufklärung dieses Problems mit dem König ins Benehmen setzen müssen. Die Regierung glaubt auch, daß die Regelung der Monarchenfrage eine innerpolitische Angelegenheit ist. Sie hat jedoch pflichtgemäß den Unterzeichnern des Friedensvertrages auf diplomatischem Wege die Gesichtspunkte der ungarischen Nation auseinanderzusetzen. Die Absetzung des Souveräns wäre eine revolutionäre Handlung, die unberechenbare Folgen für das Land haben würde. Die Verhandlungen mit den Signatarmächten werden im gegebenen Augenblick eröffnet werden. Bevor diese Unterhandlungen Ergebnisse gebracht haben, darf die Königsfrage weder im einen noch im anderen Sinne gelöst werden. Bis dahin wird jeder Versuch, sie zu lösen, als eine antikonstitutionelle und revolutionäre Kundgebung betrachtet und mit der größten Energie unterdrückt werden. Unter keiner Bedingung wird die Regierung einen Staatsstreich zugunsten des Königs dulden, noch seine Absetzung. Sie will mit den Mächten unterhandeln und dann sich entscheiden.“

Am Abend des gleichen Tages, an dem der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen in einer zu Peis gehaltenen, und wie man sieht mit äußerster Bestimmtheit gegen die für eine freie Königswahl eintretende Partei der kleinen Landwirte gerichteten großen politischen Rede diese Sätze aussprach, traf König Karl auf dem Schlosse des Grafen Jafosch ein. Am nächsten Tage, einem Freitag, war er in Odenburg, am Montag ein Gefangener. Es kann nicht ausbleiben, daß unter dem Schlagschatten dieses enormen Mißerfolges die Unternehmung des Königs sich wie eine ungeheure Dummheit ausnimmt, die nicht nur ihm, sondern der ganzen Dynastie den Thron gekostet, überdies aber ein monarchisches Regime in Ungarn überhaupt auf lange Zeit in Frage gestellt hat. Prüft man aber die Lage auf Grund der politischen Situation, so kann man nicht behaupten, daß der Streich unter allen Umständen scheitern mußte. Wie viele Bedenken gegen ein direktes Eingreifen bei den unmittelbaren Nachbarn herrschen, ist bereits in Heft 40, gelegentlich unseres Hinweises auf das bevorstehende Unternehmen Karls, angedeutet, wieviel Gegensätzliches zwischen Kleiner Entente und Italien einerseits, Italien und Frankreich und Kleiner und Großer Entente andererseits bestand, ist hier des öfteren ausgeführt worden. Diese Angaben sind durch die Ereignisse

bestätigt worden. Das Innsbrucker „Alpenland“ brachte die Enthüllung, daß die französische Regierung den Putz Karls unter drei Bedingungen zu unterstützen bereit sei: 1. Ungarn muß unbedingt eine deutschfeindliche Politik einhalten, 2. Ungarn muß der Kleinen Entente beitreten, 3. die ungarische Armee wird unter das Kommando französischer Instruktionsoffiziere gestellt. Setzt man statt französische Regierung gewisse Vertreter Frankreichs in den verschiedenen in Ungarn und Österreich stationierten Ententekommissionen und ändert man die zweite Bedingung, da die Kleine Entente ja gerade gegen Ungarn geschlossen ist, sinngemäß dahin ab, daß Ungarn sich, des Friedens in Zentraleuropa halber, zu nochmaliger ausdrücklicher Anerkennung des Vertrages von Trianon bequemen sollte, so können diese Angaben durchaus stimmen. Daß die Ungarn sich solchen Bedingungen unterwerfen, ist nicht weiter verwunderlich, man hat die Empfänglichkeit französischer Kontrolloffiziere für „Aufmerksamkeiten“ aller Art in Ungarn sehr richtig einschätzen gelernt. Aber auch in bezug auf die Politik Frankreichs haben die Angaben des „Alpenlandes“ nichts Unwahrscheinliches. Selbstverständlich wird eine Politik, wie die hier angedeutete, nicht offiziell betrieben. Die Vollmacht der französischen Unterhändler wird jeden Augenblick verleugnet werden können. Möglicherweise ist nicht einmal eine erteilt worden. Man weiß in den Kreisen der politischen Leitung Frankreichs gar zu gut, daß gewisse klerikal und royalistisch beeinflusste Militärs auch auf eigene Hand gern bereit sind, Intrigen zur Rückkehr des Habsburgers zu unterstützen. Man brauchte sie nur gewähren zu lassen und sich vorzubehalten, sie im Falle eines Mißerfolges zu verleugnen. Im Falle eines Erfolges aber waren die Aussichten glänzend: ein im Innern gefestigtes, mit den Nachbarn im Frieden lebendes Ungarn konnte Österreich an sich ziehen, dessen immer gefürchteter Anschluß an Deutschland dadurch verhindert wurde. Man glaubte sogar noch weiter zu gehen, auf einen Anschluß des durchaus monarchisch gesinnten Bayern, von da auf die Errichtung eines antipreußischen, süddeutschen katholischen Königreiches, auf die Zerstückelung der deutschen Einheit hoffen zu dürfen. Das war der Plan, den französische Rechtsblätter mit fast zynischer Offenheit durchblicken lassen.

Auch Italiens glaubte man in Ungarn sicher sein zu können. Italien hat zwar den französischen Donaubundplänen stets mißtrauisch gegenüber gestanden. Es wollte keine Wiedererrichtung der alten Donaumonarchie in anderer Form. Aber unter dem Eindruck einer angeblichen wirtschaftlichen Bedrohung durch Deutschland fürchtet man fast ebenso sehr, und in neuester Zeit unter dem Eindruck des schlechten Gewissens wegen Deutsch-Südtirol in immer stärkerem Maße, eine Vereinigung Deutsch-Österreichs mit dem Reich. Auf alle Fälle aber war man in Italien gegen die Kleine Entente und, da die Ausführung des Vertrags von Rapallo immer wieder neue Schwierigkeiten macht und die Serben in bedrohlicher Weise gegen Albanien vorgehen, besonders gegen Südslawien eingenommen. Schon in Venedig hatte man der Kleinen Entente, deren Selbstständigkeitsregungen im Westen ungern gesehen werden, die diplomatische Initiative aus der Hand zu winden gewußt. Und wenn die Nachrichten über ein italienisch-ungarisches Abkommen, in dem sich beide Regierungen für den Fall eines Konfliktes mit Jugoslawien militärischen Beistand sicherten, nicht nur alsbald dementiert worden, sondern vielleicht auch wirklich als verfrüht anzusehen sind, so war doch die Auslassung der „Epoca“, daß, falls Karl wirklich Budapest nehmen sollte, die bewaffnete Einnischung der Tschechoslowakei und Jugoslawiens auf jeden Fall verhindert werden müsse, bedeutsam genug. Tatsächlich ist es Südslawien gewesen, das ohne Zögern sofort militärische Gegenmaßnahmen ergriffen hat, während die Tschechoslowakei erst mobilisierte, nachdem der Mißerfolg Karls endgültig festgestellt werden konnte. Wie diese vorsichtige Zurückhaltung der Tschechoslowakei erklärt werden muß, entzieht sich der Beurteilung. Möglich, daß man im Falle des Gelingens des königlichen Handstreichs für eine diplomatische Anerkennung vollzogener Tatsachen billigere und größere Erfolge einzutauschen erwartete, möglich, daß man der Haltung Frankreichs nicht ganz sicher war, das in

Venedig zu weiterer planmäßigen Verdrängung der deutschfreundlichen Strömungen und um den Eindruck der franzosenfeindlichen Kundgebungen, deren elementarischer Ausbruch in Paris schmerzlich überrascht hatte, zu verwischen, Italien kräftig unterstützt hatte, wahrscheinlich auch, daß man die Festigkeit im Inneren nicht der Probe einer sofortigen Mobilisierung unterwerfen wollte. Vor kaum vierzehn Tagen hat allerdings der tschechisch-slowakische Gesandte in Berlin auf die Reise des Präsidenten Masaryk durch die Slowakei hingewiesen, die einem Triumphzuge geglichen habe, der alle Gerüchte über Unruhen und Gärung Bügen strafe, wie wenig man jedoch der Lage gewiß ist, beweist die schleunige Verhängung des Sonderechts über die gesamte Slowakei, und auch die Deutschen haben wahrheitsgemäß erklärt, daß sie sich nur gezwungen und ohne die geringste Begeisterung mobilisieren ließen. Auch unter den Tschechen selbst gibt es ja eine ganze Anzahl Leute, die nichts weniger als glühende Antimonarchisten sind und endlich wird die erste gegen Bela Kun erlittene Niederlage noch in aller Gedächtnis sein. Rumänien schließlich hat sich zunächst überhaupt nicht gerührt, dazu werden, abgesehen von der noch immer andauernden Bedrohung von Rußland her, mit dem die Verhandlungen über Bessarabien wieder einmal abgebrochen sind, die Beziehungen zwischen ungarischen und rumänischen Großmagnaten zu eng sein. Daß, nachdem der Putz endgültig mißglückt war, alle Beteiligten, Kleine wie Große Entente, von Anfang an gegen Habsburg und die Errichtung der Monarchie gewesen zu sein erklären, besagt für die tatsächlichen Verhältnisse gar nichts.

Die Aussichten Karls waren also keineswegs gering. Gegen das Unternehmen sprachen, abgesehen von der persönlichen Unfähigkeit des königlichen Intriganten, nur drei Umstände. Einmal, daß es beim ersten Male im März mißglückt war. Es liegt im Wesen derartiger Unternehmungen, daß sie im ersten Anlauf glücken müssen oder scheitern. Karl wußte das und hat daher, bevor er einen zweiten unternahm, den Weg über den Völkerbund versucht. War Ungarn im Völkerbund, so hatte es damit Garantien für friedliche Gesinnung gegeben, konnte die Errichtung der Monarchie als rein innerpolitische Angelegenheit hinstellen und bei Einmischung der Nachbarn den Schutz der Mächte anrufen. Bei der auffallenden Geschäftigkeit, mit der die Agenten des Königs überall arbeiteten, konnte jedoch dieser Plan der Aufmerksamkeit der Nachbarn nicht entgehen. Sie widersetzten sich der Aufnahme Ungarns, das darauf seine Kandidatur zurückzog. Dies führt uns auf den dritten Umstand: die Uneinigkeit der ungarischen Monarchisten untereinander. Es ist nämlich die Frage, ob die ungarische Regierung die Völkerbundkandidatur Ungarns allein aus Furcht vor den Nachbarn zurückzog oder nicht vielleicht auch in der Absicht, den Plan Karls zu vereiteln. Es ist auch die Frage, ob nicht entweder Horthy selbst, der bekanntlich selbst direkte oder (durch eine Heirat seiner Tochter) indirekte Ambitionen auf den ungarischen Thron nährt, oder doch diejenigen Monarchisten, die einen der Erzherzöge (Albrecht oder Joseph) Karl vorziehen, den König mit Absicht nach Ungarn lockten, um wenigstens seine Kandidatur endgültig unmöglich zu machen. Es ist nicht einmal ausgemacht, daß diese Intrige zum Schaden des Landes selbst ausschlägt. Die Kleine Entente hat allerdings ein Ultimatum entworfen, in dem gesetzliche Absetzung der habsburgischen Dynastie, Abrüstung unter Kontrolle der Kleinen Entente, Ersatz der Kosten für die militärischen Vorkehrungen, genaue Einhaltung des Vertrages von Trianon, Ausweisung aller jener ungarischen Staatsbürger, die in hochverräterischen Organisationen gegen das Vaterland gearbeitet haben und Bestrafung aller beim Putz beteiligten Personen gefordert werden (also unvergleichlich viel mehr als nach dem Attentat von Serajewo Österreich-Ungarn von Serbien forderte), aber die Übergabe dieses Ultimatus hat sich, durch in Belgrad erfolgten Eingriff Italiens und Frankreichs, die unangenehme Enthüllungen und neue triegerische Verwicklungen fürchten, noch verzögert und abgeschwächt, sodaß die ungarische Regierung einstweilen die Initiative behielt und erklären konnte, sie werde die Frage der Monarchie nicht auf Zwang von außen her, sondern durch freiwillige Entschliebung ordnen. Wie weit diese freie

Entschließung dann tatsächlich doch durch außenpolitische Rücksichten eingeengt werden wird, muß abgewartet werden, desgleichen ob Karl wirklich Gefangener bleibt und ausgeliefert wird.

Die Franzosen haben jedenfalls allen Grund, ihre Haltung in der ganzen Angelegenheit zu vertuschen. Wenn auch die Engländer der ungarischen und sogar der süddeutschen Frage ziemlich gleichgültig gegenüberstehen, solange nicht ihre unmittelbaren Interessen berührt werden, würde man in London eine beweisbare Einmischung Frankreichs um so energischer mißbilligen, als man dort über das eigenmächtige Verhandeln Frankreichs mit Kemal Pascha und seine ablehnende Haltung Griechenland gegenüber stark verstimmt ist. Der „Manchester Guardian“ ist es, der mit besonderem Nachdruck auf diese Verhandlungen, die sich angeblich nur auf Gefangenenaustausch beziehen sollten, hingewiesen hat. Danach hätte sich Frankreich verpflichtet, der Türkei zur Wiedererlangung Smyrnas und Thraciens einschließlich Adrianopels Beistand zu leisten und die volle Souveränität der Türkei über Konstantinopel und die Meerengen, die aber nicht geschlossen oder besetzt werden dürfen, anzuerkennen. Die Türkei erkennt dafür die französische Einflußsphäre gemäß Sevresvertrag und Dreimächteabkommen an und verpflichtet sich, andern Mächten keine derartigen Privilegien zu verleihen. Der „Temps“ hat ein solches dem italienisch-türkischen Abkommen vom März entsprechendes Abkommen allerdings schleunigst in Abrede gestellt, dann aber selbst zugeben müssen, daß die Abmachungen Franklin-Bouillons mit der Regierung von Angora sich unter anderm auch auf den Betrieb der Bagdadbahn erstreckten. Möglicherweise, daß die Angaben des „Manchester Guardian“ übertrieben sind und der Hauptzweck des Abkommens für die französische Regierung der ist, die kostspielige Orientarmee zu reduzieren, sobald aber die Engländer die augenblicklich wieder stark hervortretenden Schwierigkeiten in Irland und Ägypten losgeworden sind, und eine französische Gegenaktion in Washington, wohn Briaud persönlich Ende Oktober abgefahren ist, nicht mehr zu befürchten ist, dürfen wir uns auf neue englisch-französische Zusammenstöße im Nahen Orient gefaßt machen und wollen nur hoffen, daß Deutschland nicht wieder die Kosten des Ausgleichs zu tragen hat. Menenius



Bücherschau

Politik II

Osteuropa und wir, das Problem Rußland erörtert von Dr. Eberhard Sauer, Dr. Eugen Rosenstock, Prof. Dr. Hans Ehrenberg. Neuwelt-Verlag, Schlichtern 1921. M. 10.—.

Der politische Vorschlag dieser Schrift ist: die Hoffnung auf einen räumlich zusammenhängenden „Ostblock“, d. h. eine das Schicksal wendende zukünftige deutsch-russische Verständigung aufzugeben und dafür die Ablenkung unserer deutschen Auswanderung nach Sibirien ins Auge zu fassen.

B. Sheridan Jones, Bolchevism Its Cause and Cure. London. Stanley Paul u. Co.

Eine interessante Analyse und Kritik des Bolschewismus von einem bekannten englischen Publizisten.

E. J. Gumbel, Zwei Jahre Mord. Vorwort von Prof. G. F. Nicolai. Berlin 1921. Verlag Neues Vaterland G. Berger u. Co. Preis M 6.—.

Eine Zusammenstellung, welche beweisen soll, daß gegen Pazifisten, Kommunisten und dergleichen im heutigen Deutschland